

1 **S-04**  
2 **Antragsteller: NRW Jusos**  
3  
4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
5  
6 **Zum Glück in die Zukunft – den Sozialstaat weiterden-**  
7 **ken**  
8  
9 Dass Hartz IV ein Fehler war, scheint nach fast 20 Jah-  
10 ren eine mehrheitsfähige Position in der SPD zu sein.  
11 Dass sich aber die Logik der Agenda 2010 mit ihren neo-  
12 liberalen Appellen an die Eigenverantwortung und der  
13 stetigen Ausdünnung struktureller Rahmenbedingun-  
14 gen auch durch alle anderen Bereiche des Sozialstaats  
15 zieht, scheint wenig angreifbar in der Breite der Partei.  
16 Für eine solidarische Gesellschaft, in der alle Menschen  
17 ein universelles Recht auf Absicherung haben, kann die  
18 Abkehr von Hartz IV nur ein Anfang sein. Wir brauchen  
19 einen grundlegenden Wandel des Sozialstaats. Hierfür  
20 gilt es grundsätzlich die Frage zu klären, was die Aufga-  
21 be eines solidarischen Sozialstaats sein muss. Wir wer-  
22 den uns außerdem auf die aktuell drängendsten sozi-  
23 alstaatlichen Fragen nach Wohnen und Altersvorsorge  
24 fokussieren und Forderungen aufstellen, die für einen  
25 feministischen Sozialstaat erfüllt werden müssen.  
26  
27 **Grundverständnis unseres Sozialstaats**  
28  
29 Ein Sozialstaat, wie er nach unserer jungsozialistischen  
30 Vorstellung sein sollte, baut auf dem Grundprinzip der  
31 Solidarität auf. Ihm kommt zusammengefasst die Auf-  
32 gabe zu, für alle Menschen die Grundlage für ein gutes  
33 Leben zu bieten und sie so gut wie möglich vor der Will-  
34 kür des Kapitalismus und den sich daraus ergebenden  
35 Risiken zu schützen. Das langfristige Ziel eines solchen  
36 Sozialstaats muss es sein, allen Menschen das Leben zu  
37 ermöglichen, das sie leben wollen, während kurzfristig  
38 mindestens eine menschenwürdige Existenzsicherung  
39 durch ihn garantiert sein muss.  
40  
41 Leider gehen die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte  
42 in die entgegengesetzte Richtung. „From welfare to  
43 workfare“ war das Motto, unter dem sich der deut-  
44 sche Sozialstaat auch unter sozialdemokratischer Be-  
45 teiligung immer mehr zur Aktivierungsinstanz entwi-  
46 ckelt hat, die Verantwortung mehr und mehr von sich  
47 weg und zum Individuum hingeschoben hat. Struktu-  
48 relle Risiken und Systemfehler werden seitdem zu per-  
49 sönlichem Versagen degradiert und Auffangnetze im-  
50 mer weiter abgebaut. Die Einführung von Hartz IV steht  
51 deshalb auch symbolisch für ein Sozialstaatsprinzip, in  
52 dem ein pädagogisch-erzieherischer Staat an die Stelle  
53 einer Solidargemeinschaft tritt.  
54  
55 Auch bei der Absicherung kalkulierbarer Lebensrisiken  
56 wie Rente oder Krankheit ist Eigenverantwortung die  
57 Maxime geworden, durch die immer mehr private Zu-  
58 satzleistungen greifen müssen. Parallel dazu entwickelt  
59 sich auch die Finanzierung dieser Risiken, die durch das

**Empfehlung der Antragskommission: Erledigt**

Erledigt durch Annahme von L-01 und L-02

60 Versicherungssystem abgedeckt sein sollten. Die Bei-  
61 träge, die eigentlich zu gleichen Teilen von Arbeitneh-  
62 mer\*innen und Arbeitgeber\*innen gezahlt werden soll-  
63 ten, nehmen zunehmend ein Ungleichgewicht zu Las-  
64 ten der Arbeitnehmer\*innen an. Um die Finanzierungs-  
65 grundlage ist es aufgrund des demografischen Wan-  
66 dels, aber auch neoliberale Wirtschaftspolitiken, die da-  
67 zu geführt haben, dass immer weniger Steuern von de-  
68 nen gezahlt werden, die mehr ins Solidarsystem einzah-  
69 len müssten, ohnehin schlecht bestellt.

70  
71 Wir wollen einen solidarischen Sozialstaat! Einen So-  
72 zialstaat, der vorbeugend und ausgleichend agiert. Ei-  
73 nen, der Bürger\*innen Teilhabe und Handlungsfähig-  
74 keit in jeder Lebenssituation gewährt und sich dabei  
75 an individuellen Bedarfen orientiert. Unser Sozialstaat  
76 verfolgt ein klares Leitbild, an dem wir all unsere Sozi-  
77 alpolitiken ausrichten: er gewährt universelle Leistung  
78 und knüpft diese nicht an Gegenleistung. Ein solidari-  
79 scher Sozialstaat basiert auf einem Menschenbild, in  
80 dem Bürger\*innen aktiv Handelnde mit einem Interesse  
81 an sinnstiftenden Tätigkeiten und der Solidargemein-  
82 schaft sind.

83  
84 Ein solidarischer Sozialstaat baut auf die Vielen. Des-  
85 halb muss sowohl das Äquivalenzprinzip hinterfragt  
86 werden, das verspricht „wer viel einzahlen kann, be-  
87 kommt viel zurück“ als auch Entwicklungen gestoppt  
88 werden, die Absicherung zunehmend ins Private ver-  
89 schieben. Weil Umverteilung der Schlüssel zur Solidari-  
90 tät ist, dürfen sich Großkonzerne durch Steuern und  
91 Arbeitgeber durch Beiträge nicht immer weiter aus der  
92 Verantwortung ziehen, ins Sozialbudget einzuzahlen.

93  
94 **Wohnen ist ein Grundrecht**

95  
96 Für uns ist das nicht nur eine lose Phrase, sondern der  
97 Grundsatz, nach der sich sozialdemokratische Wohn-  
98 und Bodenpolitik richten muss. Es darf kein Luxus sein,  
99 zu wohnen. Auch darf es kein Luxus sein, eine Wohnung  
100 zu beziehen, die nicht auffällig ist. Eigentum verpflich-  
101 tet. Aber wozu? Wir haben da eine klare Meinung: Wer  
102 als Vermieter\*in Wohnungen anbieten möchte, hat die  
103 Verpflichtung, dies in renoviertem bzw. saniertem Zu-  
104 stand zu tun. Es muss qualitativ guter, zugleich bezahl-  
105 barer Wohnraum sein.

106  
107 Als Ziel einer sozialdemokratischen Bodenpolitik sollte  
108 sich das Gemeininteresse in Abgrenzung zum Einzelin-  
109 teresse durchsetzen.

110  
111 Gerade in dicht besiedelten Gebieten ist es nahezu un-  
112 möglich qualitativen und zugleich bezahlbaren Wohn-  
113 raum zu finden. Währenddessen herrscht in struktur-  
114 schwachen Gebieten oft Leerstand und der Wohnraum  
115 zerfällt. Jede Kommune sieht sich unterschiedlichen  
116 Herausforderungen gegenüber und muss dafür durch  
117 ihr bodenpolitisches Handeln und die Aufstellung und

118 Änderung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen  
119 Antworten finden. Dabei ist unsere zentrale Prä-  
120 missie, dass die Innenentwicklung der Außenentwick-  
121 lung vorgezogen werden muss. Sofern Außenentwick-  
122 lung erfolgt, ist es für uns zwingend erforderlich, Flä-  
123 chen der Natur zurückzugeben. Vorhandene Möglich-  
124 keiten müssen ausgeschöpft und verbessert werden.  
125 Wir wollen eine Innenentwicklung, die allen Menschen,  
126 die das möchten ein Leben & Wohnen in attraktiven,  
127 zentrumsnahen Stadtteilen ermöglicht. Dazugehören  
128 für uns sowohl die Nachverdichtung auf aktuell un-  
129 bebauten aber bebaubaren Grundstücken ebenso, wie  
130 zum Beispiel die Geschossaufstockung.

131  
132 Um Innenentwicklungspotentiale richtig nutzen zu  
133 können, müssen Kommunen einen Nachweis über  
134 existierende Potentiale erbringen. Gemeinden müssen  
135 dann zur Förderung der Innenentwicklung unterschied-  
136 liche Instrumente nutzen können. Unter Anderem ge-  
137 hört für uns dazu eine Stärkung des kommunalen Vor-  
138 kaufsrechtes.

139  
140 Kommunen brauchen daher zum Einen ausreichende fi-  
141 nanzielle Möglichkeiten, d.h. einerseits eine Umschul-  
142 dung der Altlasten in Form eines Altschuldenfonds, an-  
143 dererseits einen Moneypool, woran sich Kommunen be-  
144 dienen können, wenn sie konkret Flächen zur Entwick-  
145 lung erwerben möchten.

146  
147 Zudem benötigen wir auf kommunaler Ebene endlich  
148 funktionsfähige Instrumente für eine aktive Bodenpo-  
149 litik im Innenbereich. Daher fordern wir ein Vorkauf-  
150 recht, das sich in seinen Grundprinzipien vom heutigen  
151 im Baugesetzbuch beschriebenen Vorkaufsrecht deut-  
152 lich unterscheidet: Wir fordern, dass Kommunen nicht  
153 mehr den Einzelnachweis antreten müssen, dass es für  
154 die Ausübung des Vorkaufsrechts ein öffentliches Inter-  
155 esse gibt. Diese Nachweisverpflichtung ist für uns ein  
156 Ausdruck einer kapitalistischen Verwertungslogik ge-  
157 gen die derzeit noch explizit argumentiert werden muss  
158 und der Nachweis ist anhand der prekären Verhält-  
159 nisse am Wohnungsmarkt ohnehin bereits flächende-  
160 ckend erbracht. Dementsprechend soll dieses Vorkauf-  
161 recht für die jeweilige Kommune in ihrem entsprechen-  
162 den Gemeinde- bzw. Stadtgebiet grundsätzlich gelten.  
163 Da die Bodenspekulation in erster Linie eine Wette des  
164 „Kapitals“ auf die Qualitäten der Lage darstellt und  
165 diese Lagequalitäten durch die Allgemeinheit gestiftet  
166 wird, fordern wir in diesem neuen Vorkaufsrecht zudem  
167 die Möglichkeit für Kommunen, zum Verkauf stehen-  
168 de Grundstücke zu einem auf Basis des Bodenrichtwer-  
169 tes ermittelten Kaufpreises erwerben zu können – denn  
170 wer die Lage stiftet, darf sie dem Markt nicht auch noch  
171 teuer bezahlen müssen!

172  
173 Für diese Rahmenbedingungen, die den Kommunen ei-  
174 nen größeren Handlungsspielraum ermöglichen, müs-  
175 sen jedoch Landes- und Bundespolitik sorgen, damit

176 Kommunen selber durch gezielten Ankauf von Bauland  
177 und Land mit Entwicklungspotential als Bauherrin tätig  
178 werden können oder alternativ Boden im Rahmen des  
179 Erbbaurechts vergeben. Das Erbbaurecht stellt neben  
180 der aktiven Wohnbaupolitik durch die Kommune selbst  
181 für uns die entscheidende Säule der Bodenvorratspoli-  
182 tik dar. Ein Verkauf kommunaler Grundstücke kann so  
183 vollständig vermieden werden.

184  
185 Das System der heute geltenden Grundsteuer wurde  
186 2018 durch das Bundesverfassungsgericht für verfas-  
187 sungswidrig erklärt. Bis zum 31. Dezember 2019 muss  
188 demnach die Neugestaltung der Grundsteuer beschlos-  
189 sen sein. Der jetzige Kompromiss sieht vor, die Grund-  
190 steuer anhand des Bodenwertes und der Miethöhe zu  
191 ermitteln, erlaubt jedoch den einzelnen Bundesländern  
192 durch eine Öffnungsklausel die Grundstücksfläche als  
193 einzigen Parameter zur Berechnung der Grundsteuer zu  
194 verwenden. Diese Sonderregelung lehnen wir strikt ab,  
195 denn hier entstünde schon auf der Ebene der Länder ein  
196 Unterbietungswettbewerb nach dem Motto „Wer hat  
197 die niedrigste Grundsteuer?“.

198  
199 Wir sind weiterhin für ein Modell, welches sich am Bo-  
200 denwert orientiert.

201  
202 Zusätzlich muss es dringend eine Ergänzung der Grund-  
203 erwerbssteuer durch eine Bodenwertzuwachssteuer  
204 geben, die Spekulationen hemmt, indem sie nach dem  
205 Verkauf die Wertsteigerung besteuert, also genau den  
206 Betrag, welchen die Investor\*innen maximieren wollen.

207  
208 Grund und Boden muss dann im Rahmen des Erbbau-  
209 rechts vergeben werden.

210  
211 Exponentiell steigende Mieten, maroder Wohnraum  
212 und Gentrifizierung, dies sind nur einige Folgen des Pri-  
213 vatisierungswahns der letzten Jahrzehnte. Kommunen  
214 müssen wieder der größte Akteur auf dem Wohnungs-  
215 markt werden, damit sie Mietstandards durchsetzen  
216 können. Neben der Erweiterung kommunaler Woh-  
217 nungsbestände durch Wohnungsaufkauf sowie den An-  
218 kauf und die Entwicklung von Bauflächen bejahen wir  
219 die im Grundgesetz vorgesehene Möglichkeit von Ent-  
220 eignungen. Profitorientierte Immobiliengesellschaften,  
221 die mehr als 3000 Wohnung besitzen, sollen enteignet  
222 werden und ihre Bestände rekommunalisiert und/oder  
223 genossenschaftlich organisiert werden. Entschädigun-  
224 gen sollen deutlich unter Verkehrswert gezahlt werden.

225  
226 Ca 10.000 Wohnungen verlieren jährlich ihren Status als  
227 geförderte Wohnung. Aktuell laufen viele Subventionen  
228 von sogenannten "Sozialwohnungen" aus, die Aufhe-  
229 bung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes 1989  
230 hinterlässt spürbare Folgen. Daher fordern wir eine Ent-  
231 fristung der Preisbindung, um Menschen die Möglich-  
232 keit zu geben, ihre Wohnungen zu halten. Auch durch  
233 energieeffiziente Modernisierungen sollen Wohnun-

234 gen wieder unter die Preisbindung fallen, damit hier-  
235 von Mieter\*in profitieren. Hierfür muss der Staat Anrei-  
236 ze schaffen. Hiermit einhergehend fordern wir Mindest-  
237 standards in der Qualität des geförderten Wohnraums.  
238 Viele der ehemaligen und aktuellen subsidiären Woh-  
239 nungen wurden jahrelang dem Verfall überlassen, ob  
240 Leerstand oder bewohnt. Um dem leerstehenden Woh-  
241 nungen die Attraktivität als Spekulationsobjekt abzu-  
242 schreiben, muss diesem mit entschiedenem Sanktionen  
243 Einhalt geboten werden. Leerstand darf sich nicht mehr  
244 lohnen. Auch beim Verfall gilt "Eigentum verpflichtet",  
245 daher sehen wir Eigentümer\*innen in der Pflicht, jene  
246 Wohnungen zu sanieren. Sachbearbeiter\*innen in den  
247 Kommunalverwaltungen sollen regelmäßig den Woh-  
248 nungsbestand nach Qualität & Preis prüfen.

249  
250 Neu entstehende Quartiere sollen den Querschnitt der  
251 Gesellschaft abbilden, so soll bei der Quartiersentwick-  
252 lung darauf geachtet werden, dass dort eine kulturel-  
253 le, demographische, sowie finanzielle Durchmischung  
254 entsteht. Die Zeit der "Reichen- & Armenviertel", der  
255 Ghettoisierung ist vorbei! Doch die Durchmischung al-  
256 lein macht noch kein attraktives Quartier aus, auch Orte  
257 des alltäglichen Miteinanders sind unabdingbar.

258  
259 Auch der Punkt Dezentralität muss bei der Quartiers-  
260 entwicklung vermehrt in den Fokus genommen wer-  
261 den, d.h. jedem Kiez, seine Nahversorgung, seine Ki-  
262 ta/KiGa, seine Projekte, wie Nachbarschaftstreffs oder  
263 Repaircafés. Gerade letztere Projekte sind wichtig, um  
264 der wachsenden Vereinsamung im Alter entgegenzu-  
265 wirken und für eine gute Atmosphäre innerhalb der  
266 Nachbarschaft zu sorgen.

267  
268 Unsere Gesellschaft ist vielfältig, auch unsere Quartiere  
269 sollen dies widerspiegeln.

270  
271 Die Förderung von Wohnbaugenoss\*innenschaften,  
272 auch im Sinne von Quartiersgenoss\*innenschaften,  
273 und der Wohnungsgemeinützigkeit ist ein wichtiger  
274 Ansatz. Das Genoss\*innenschaftliche Wohnen ist eine  
275 der verbreitetsten Wohnformen Deutschlands – neben  
276 dem Wohnen zur Miete und im Eigentum. Kautio und  
277 Provision gibt es bei Genoss\*innenschaften nicht, denn  
278 als Mitglied kauft man Genoss\*innenschaftsanteile, die  
279 verzinst und bei Austritt wieder zurückgezahlt werden.  
280 Man wohnt bezahlbar und sicher, denn man ist Mit-  
281 eigentümer\*in und genießt lebenslanges Wohnrecht.  
282 Genoss\*innenschaften arbeiten nicht gewinnorientiert  
283 und sind weder Aktionär\*innen noch Anteilseig-  
284 ner\*innen verpflichtet, sondern einzig und allein ihren  
285 Mitgliedern. Erwirtschaftete Überschüsse werden in  
286 die Erhaltung und Modernisierung der Bestände, in  
287 den Neubau und in den Ausbau der Service-Angebote  
288 investiert. Über den Kurs der Genoss\*innenschaft kann  
289 jedes Mitglied gleichberechtigt mitbestimmen: Die de-  
290 mokratische Organisation von Genoss\*innenschaften  
291 gewährleistet, dass stets im Sinne der Mitglieder

292 entschieden und gehandelt wird.  
293  
294 Um dafür zu sorgen, dass Mietpreise zukünftig nicht  
295 weiter in solch starkem Maße ansteigen, sehen wir zwei  
296 Instrumente:  
297  
298 In Städten mit Wohnungsnotstand und stark steigen-  
299 den Mieten soll zur kurzfristigen Bewältigung der Pro-  
300 blematik ein Mietendeckel eingeführt werden, also das  
301 Einfrieren der aktuellen Miethöhe für die Dauer von  
302 fünf Jahren. Dabei muss die Entwicklung in den umlie-  
303 genden Städten beobachtet werden; zeigen sich hier  
304 Verdrängungseffekte und kommt es zu übermäßigen  
305 Mieterhöhungen, muss auch in diesen Städten reagiert  
306 werden. Zur langfristigen Lösung muss die Mietpreis-  
307 bremsen effektiv ausgestaltet und durchgesetzt werden.  
308 Die jährlich maximal erlaubte Erhöhung von Bestands-  
309 mieten muss auf einen allgemein gültigen, sozialver-  
310 träglichen Wert begrenzt werden, welcher die Inflati-  
311 on, die verfügbaren Haushaltseinkommen und die Real-  
312 lohnentwicklung berücksichtigt. Außerdem fordern wir  
313 die Berechnung des Mietspiegels auf Grundlage aller  
314 vor Ort monatlich gezahlten Mieten.  
315  
316 Zudem muss dem Problem der Kettenbefristungen Ein-  
317 halt geboten werden. Keine sachgrundlosen, das gilt für  
318 uns auch auf dem Wohnungsmarkt.  
319  
320 Des Weiteren fordern wir, dass mehr Wohnraum für  
321 junge Menschen geschaffen wird. Auch Auszubilden-  
322 de müssen sich eigenen Wohnraum leisten können,  
323 denn die Wunschausbildung startet nicht immer vor der  
324 Haustür der Eltern, ähnlich wie ein Studium. Studium  
325 und Ausbildung müssen gleichwertig sein, das gilt auch  
326 beim Wohnraum. Daher fordern wir bundesweit Azubi-  
327 wohnheime. Hier sehen wir auch die Industrie- & Han-  
328 delskammern in der Pflicht für bezahlbare Wohnungen  
329 zu sorgen. Dies gilt auch für Studierendenwerke, eine  
330 Ausweitung des Angebots der Studierendenwohnhei-  
331 me zu ermöglichen.  
332  
333 Der Mietpreis muss hierbei zwingend an die Mindest-  
334 ausbildungsvergütung angeglichen sein. Durch bun-  
335 desweit attraktiven ÖPNV sollte insbesondere den jun-  
336 gen Menschen die Möglichkeit gegeben sein, auch au-  
337 ßerhalb der Ballungsgebiete zu wohnen, ohne dass die  
338 Fahrt zur Schule, Ausbildungsstätte oder Uni eine Pro-  
339 blematik darstellen.  
340  
341 Für Menschen die auf der Straße leben, also obdach-  
342 oder wohnungslos sind, fordern wir Modellprojekte  
343 nach Vorbild von "Housing First". Eine vorbehaltlose  
344 Bereitstellung von Mietverträgen an obdachlose Men-  
345 schen dürfen nicht an Bedingungen, wie etwa die  
346 Annahme von Beratungsleistungen, geknüpft werden.  
347 Sondern die Betroffenen müssen intensiv durch Sozial-  
348 arbeiter\*innen unterstützt und ihnen der Zugang zu ad-  
349 äquater medizinischer und psychotherapeutischer Be-

350 handlung erleichtert werden, um die Grundbedürfnis  
351 eines Daches über dem Kopf und Sicherheit zu befriedi-  
352 gen.

353

354 **Unsere Rente ist generationengerecht und zukunfts-  
355 fähig**

356

357 Das Thema Rente ist für uns essentieller Bestandteil ei-  
358 nes guten, sozialdemokratischen Sozialstaats, der die  
359 Lebensleistung und die getane Arbeit anerkennt. Im-  
360 mer wieder wird dabei deutlich, dass dieses Thema aber  
361 nicht nur für Menschen von Bedeutung ist, die bereits in  
362 Rente sind. Auch junge Menschen bewegt die Altersssi-  
363 cherung und sie befürchten, zwar viel arbeiten zu müs-  
364 sen, aber am Ende im Alter für sich selbst sorgen wer-  
365 den. Das aktuelle Konzept der Rente steht vor massiven  
366 Herausforderungen und ist nicht durch kleinere Repara-  
367 turmaßnahmen zu heilen. Die Sozialdemokratie muss  
368 daher klare Antworten auf die Zukunft geben, die nicht  
369 nur bis 2025 blicken. Für uns stehen dabei zwei Din-  
370 ge unabdingbar fest: Erstens, die Diskussion über Ren-  
371 te spielt jung und alt nicht aus. Wir wollen für jede  
372 Generation eine sichere Rente, die allen ein Leben oh-  
373 ne Existenzängste im Alter ermöglicht. Und zweitens,  
374 ohne gute Arbeit gibt es keine gute Rente. Der Staat  
375 darf nicht die alleinige Verantwortung zugeschrieben  
376 bekommen für stabile Rente. Arbeitgeber\*innen tragen  
377 genauso Verantwortung, indem sie gute Löhne bezah-  
378 len und langfristige Beschäftigung ermöglichen. Der  
379 Kampf für gute Arbeitsbedingungen geht für uns daher  
380 Hand in Hand mit einer Rentenreform.

381

382 **Die gesetzliche Rentenversicherung als Hauptsäule des  
383 Rentensystems**

384

385 Ausgangspunkt unserer Reform muss eine Kritik der  
386 vergangenen Rentenpolitik sein: Die auf die Dämpfung  
387 der Beitragssatzentwicklung fixierten Rentenreformen  
388 der Nuller-Jahre haben zu einer deutlichen Senkung des  
389 Rentenniveaus geführt. Die Idee, die Lücken der gesetz-  
390 lichen Rentenversicherung durch die private und die be-  
391 triebliche Vorsorge zu schließen, ist erkennbar geschei-  
392 tert. Für uns steht daher fest, dass eine Abkehr von der  
393 Ideologie des vermeintlichen „Drei-Säulen-Modells“ in  
394 der Rente unumgänglich ist. Wir stehen zur gesetzli-  
395 chen Rentenversicherung (GRV) als Hauptsäule des Ren-  
396 tensystems, die wieder ihren Aufgaben der Lebensstan-  
397 dardsicherung und der strukturellen Armutsfestigkeit  
398 gerecht werden muss. Die private und betriebliche Vor-  
399 sorge können nur Ergänzungen, niemals aber Ersatz des  
400 Leistungsabbaus in der GRV sein.

401

402 Um den formulierten Aufgaben gerecht werden zu  
403 können, muss das Rentenniveau in der gesetzlichen  
404 Rentenversicherung wieder bei mindestens 50 % sta-  
405 bilisiert werden. Zu diesem Zweck fordern wir in ei-  
406 nem ersten Schritt, dass die Rentenentwicklung wieder  
407 konsequent an die Lohnentwicklung gekoppelt wird.

408 Die sogenannten Dämpfungsfaktoren (Riester-Faktor  
 409 und Nachhaltigkeits-Faktor) sind aus der Rentenanpas-  
 410 sungsformel zu streichen. Damit das Rentenniveau aber  
 411 tatsächlich auch wieder erhöht wird, schlagen wir fol-  
 412 gende Maßnahmen vor:

- 413
- 414 • Das Solidarprinzip im Vergleich zum Äquivalenz-  
 415 prinzip stärken: Wir bekräftigen unsere Forderung  
 416 nach einer Abschaffung der Beitragsbemessungs-  
 417 grenze bei gleichzeitiger Einführung einer Maxi-  
 418 malrente, weil es nicht sein kann, dass hohe und  
 419 höchste Einkommen nur bis zu einer festgesetzten  
 420 Grenze (2019: 6.700 €/Monat West; 6.150 €/Monat  
 421 Ost) zur Finanzierung der Solidargemeinschaft bei-  
 422 tragen und ab da real entlastet werden. Um es deut-  
 423 lich zu sagen: Wir werten das Solidarprinzip an die-  
 424 ser Stelle höher als das Äquivalenzprinzip und wol-  
 425 len so das Maß an Umverteilung, das innerhalb des  
 426 Rentensystems möglich ist, auch ausschöpfen. In  
 427 der konkreten Ausgestaltung könnte eine Maximal-  
 428 rente durch eine Begrenzung der jährlich maximal  
 429 zu erwerbenden Entgeltpunkte realisiert werden.  
 430 So erweitern wir maßgeblich die Finanzierungs-  
 431 grundlage der GRV und setzen dabei wieder das so-  
 432 zialdemokratische Prinzip, nach dem starke Schul-  
 433 tern mehr tragen müssen, ins Recht.
  - 434 • Hinzuziehung weiterer Einkommensarten für den  
 435 Bundeszuschuss: Doch nicht nur beim Einkommen  
 436 durch Löhne entziehen sich reiche Menschen der Fi-  
 437 nanzierung des Sozialstaates. Wir erneuern daher  
 438 unsere Forderung nach der Einführung einer Ver-  
 439 mögenssteuer sowie einer Reform der Erbschafts-  
 440 und Schenkungssteuer. Wer von Leistungsgerech-  
 441 tigkeit spricht, darf nicht davor zurückschrecken,  
 442 Reichtum ohne Leistung konsequent zu besteuern.  
 443 Die sich daraus ergebenden Mehreinnahmen wol-  
 444 len wir unter anderem dafür nutzen, den Bundes-  
 445 zuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung, der  
 446 längst nicht mehr nur versicherungsfremde Lei-  
 447 stungen finanziert, aufzustocken, um das Rentenni-  
 448 veau bei mindestens 50 % zu stabilisieren, wo die  
 449 alleinige Umlagefinanzierung dies nicht leisten kann.  
 450 Gleiches gilt in Bezug auf eine ebenfalls einzufüh-  
 451 rende Digitalsteuer. Unternehmen, die mit weni-  
 452 gen Mitarbeiter\*innen enorme Profite erwirtschaf-  
 453 ten und sich deshalb nur unverhältnismäßig an der  
 454 Finanzierung der Sozialkassen beteiligen, müssen  
 455 dazu über den Umweg einer Digitalsteuer gebracht  
 456 werden.
  - 457 • Mit einer Erwerbstätigenversicherung die Beitrags-  
 458 basis erweitern: Zu einer grundsätzlichen Reform  
 459 der Alterssicherung hin zu einem solidarischeren  
 460 System gehört für uns außerdem die Weiterent-  
 461 wicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu  
 462 einer Erwerbstätigenversicherung, also die Einbe-  
 463 ziehung aller Erwerbstätigen (Freiberufler\*innen,  
 464 Selbstständige, Abgeordnete, Beamt\*innen etc.) in  
 465 die GRV. Dies dient nicht nur der Erweiterung der



466 Basis der Beitragszahler\*innen, sondern ist aus un-  
 467 serer Sicht auch ein wichtiger Schritt, um dem  
 468 wachsenden Schutzbedürfnis z.B. von Selbstständigen  
 469 Rechnung zu tragen und sie vor Altersarmut zu  
 470 schützen.

- 471 • Den demographischen Wandel gestalten: Die bis-  
 472 her beschriebenen Maßnahmen haben für uns Vor-  
 473 rang, um das Rentenniveau auf mindestens 50% zu  
 474 stabilisieren. Zugleich ist uns bewusst, dass gerade  
 475 unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit  
 476 eine Erhöhung der Beiträge in die GRV nicht ausblei-  
 477 ben kann. Voraussetzung dafür ist aber aus unserer  
 478 Sicht, dass die Produktivitätssteigerung der nächs-  
 479 ten Jahre mit einer deutlichen Steigerung der Löh-  
 480 ne einhergeht. Gelingt uns dies, sind auch mode-  
 481 rat steigende Beiträge zu verkraften und für diesen  
 482 Fall schließen wir uns der Forderung des DGB an, eine  
 483 sogenannte Demografie-Reserve in der Renten-  
 484 kasse aufzubauen. Voraussetzung dafür ist ein dau-  
 485 erhaft bei mindestens 50 % stabilisiertes Rentenni-  
 486 veau, denn Menschen sind dann bereit, höhere Bei-  
 487 träge zu zahlen, wenn sie darauf vertrauen können,  
 488 am Ende auch selbst eine entsprechend lebensstan-  
 489 dardsichernde Rente zu erhalten.
- 490 • Versicherungsfremde Leistungen gesamtgesell-  
 491 schaftlich finanzieren: Zu guter Letzt halten wir  
 492 erneut fest, dass es für eine ordentliche Finan-  
 493 zierung des von uns geforderten Rentenniveaus  
 494 unerlässlich ist, dass versicherungsfremde Leistun-  
 495 gen, wie die Mütterrente oder die vorgeschlagene  
 496 Grundrente, aus Steuermitteln und nicht aus der  
 497 Rentenkasse finanziert werden.

498  
 499 **Lebensleistung anerkennen – Altersarmut konsequent**  
 500 **bekämpfen**

501  
 502 Auch ein wieder zu erreichendes Rentenniveau von min-  
 503 destens 50 % ist keine Garantie dafür, dass Arbeitneh-  
 504 mer\*innen trotz jahrelanger Vollzeitarbeit eine armuts-  
 505 feste geschweige denn lebensstandardsichernde Ren-  
 506 te erwerben. Dies ist nicht nur eine inakzeptable Un-  
 507 gerechtigkeit, es erschüttert auch das Vertrauen in die  
 508 wichtige sozialstaatliche Errungenschaft eines umlage-  
 509 finanzierten Rentensystems. Wir sind nicht bereit, dies  
 510 hinzunehmen und gehen deshalb an die Wurzel des Pro-  
 511 blems. Denn ursächlich für diese Tatsache sind Niedrig-  
 512 löhne, prekäre Beschäftigung und gebrochene Erwerbs-  
 513 biografien.

514  
 515 Wir unterstützen daher den eingebrachten Vorschlag  
 516 der Grundrente und pochen auf die Verabschiedung  
 517 des entsprechenden Gesetzesentwurfs ohne Bedürftig-  
 518 keitsprüfung noch in diesem Jahr.

519  
 520 So richtig wir es jedoch finden, dass der Staat und damit  
 521 die Solidargemeinschaft nachträglich dafür sorgt, dass  
 522 Menschen, die lange Jahre gearbeitet haben, eine Ren-  
 523 te über der Grundsicherung erhalten, so sehr pochen

524 wir gleichzeitig darauf, dass diejenigen zur Verantwor-  
525 tung gezogen werden, die solche nachträglichen Kor-  
526 rekturen durch Niedriglöhne überhaupt erst notwendig  
527 machen. Daher fordern wir eine Mindestbemessungs-  
528 grundlage für Rentenbeiträge. Arbeitgeber\*innen sol-  
529 len dazu verpflichtet werden, bei Niedriglöhnen die Bei-  
530 träge zur Rentenversicherung in dem Umfang aufzu-  
531 stocken, dass bei langjähriger Vollzeitbeschäftigung ein  
532 Anspruch auf eine armutsfeste Rente erworben wird.  
533 Damit setzen wir zum einen Anreize, vernünftige Löh-  
534 ne zu zahlen, da in diesem Fall die Beiträge wieder pa-  
535 ritätisch geleistet würden und zum anderen ist dies ei-  
536 ne zwingend notwendige Maßnahme, solange der Min-  
537 destlohn nicht soweit erhöht wird, dass dieser selbst ei-  
538 ne armutsfeste Rente garantiert.

539  
540 Weitere kleinere Reformen innerhalb des aktuellen Ren-  
541 tensystems sind für uns notwendig, um Altersarmut für  
542 bestimmte Personengruppen zu bekämpfen. Wir for-  
543 dern:

- 545 • Abschaffung der Rentenabschläge für erwerbsge-  
546 minderte Menschen. Es ist für uns nicht begründ-  
547 bar, warum Menschen, die aufgrund einer schwe-  
548 ren Erkrankung frühzeitig aus dem Erwerbsleben  
549 ausscheiden müssen und zumeist ohnehin nur  
550 niedrige Renten erhalten, noch zusätzlich mit Ren-  
551 tenabschläge belastet werden.
- 552 • Abschaffung der Möglichkeit zur Befreiung von der  
553 Rentenversicherungspflicht bei geringfügiger Be-  
554 schäftigung, sowie volle Übernahme der Zahlung  
555 des Rentenversicherungsbeitrags durch die\*den Ar-  
556 beitnehmer\*in.
- 557 • Sicherungslücke beim Bezug von ALG II schließen.  
558 Seit 2011 werden beim Bezug von Arbeitslosengeld  
559 II keine Rentenversicherungsbeiträge mehr von der  
560 Agentur für Arbeit gezahlt, was zu einer deutli-  
561 chen Sicherungslücke bei den Betroffenen führt.  
562 Wir schlagen daher vor, diese Zeiten der längeren  
563 Arbeitslosigkeit als beitragsgeminderte Zeiten mit  
564 bis zu 0,5 Entgeltpunkten pro Jahr anzuerkennen.
- 565 • Vereinheitlichung der Anerkennung von Kinder-  
566 erziehungszeiten. Die willkürliche Unterscheidung  
567 bei der Dauer der rentenrechtlichen Anerkennung  
568 von Kindererziehungszeiten wollen wir aufheben.  
569 Egal, ob die Geburt vor 1992 oder danach erfolgte, es  
570 muss für alle die Regelung gelten: pro Kind werden  
571 36 Monate Kindererziehungszeit bzw. 3 Entgelt-  
572 punkte anerkannt. Diese Maßnahme beseitigt be-  
573 stehende Ungerechtigkeit. Grundsätzlich sprechen  
574 wir uns jedoch für eine geschlechtergerechte Ver-  
575 teilung der Erziehungsaufgaben aus.

#### 576 577 **Reform der privaten und betrieblichen Altersvorsorge**

578  
579 Die Maßnahmen im Zuge der Agenda-Politik haben ei-  
580 ne Stärkung der privaten Rentenversicherung mit staat-  
581 licher Förderung nach sich gezogen. Durch diese Poli-

582 tik wurde die GRV geschwächt und die private Säule  
583 mit einer unnötigen Stärke versehen. Dass die Konzep-  
584 te der Riester- und Rürup-Rente gescheitert sind, wenig  
585 Sicherheit bieten und vor allem viele Menschen an Ver-  
586 träge bindet, die sie nicht richtig verstanden haben, ha-  
587 ben die letzten Jahre gezeigt. Eine private Rentenvorsor-  
588 ge kann für manche Personen machbar und zum Vor-  
589 teil sein, jedoch steht für uns fest, dass diese keine Säü-  
590 le bildet, sondern nur eine Ergänzung ist. Die staatliche  
591 Förderung sollte stattdessen für die gesetzliche Renten-  
592 versicherung genutzt werden und somit allen zu Gute  
593 kommen. Für uns sind daher zwei Maßnahmen bedeu-  
594 tend:

- 595
- 596 • Die staatliche Förderung für private Rentenvorsor-  
597 ge wird abgeschafft. Riester- und Rürup werden in  
598 ihrer jetzigen Form nicht für neue Verträge fort-  
599 gesetzt. Bestehende Verträge mit staatlicher För-  
600 derung werden fortgeführt. Private Altersvorsorge  
601 kann weiterhin als Produkt von privaten Versiche-  
602 rungen weitergeführt werden, jedoch unter einer  
603 wichtigen Bedingung:
- 604 • eine verbindliche Beratung für Produkte der priva-  
605 ten Altersvorsorge wird verpflichtend. Die Anbieter  
606 müssen über Risiken der Produkte kostenlos aufklä-  
607 ren. Die Einhaltung und korrekte Durchführung der  
608 Beratungen sollen kontrolliert werden.

609

610 Die betriebliche Altersvorsorge ist eine nützliche Ergän-  
611 zung zur gesetzlichen Rentenversicherung. Für ihren Er-  
612 halt und ihre Stärkung sprechen wir uns klar aus. Jedoch  
613 sehen wir die Notwendigkeit einer Vereinfachung und  
614 Angleichung der verschiedenen Systeme, um eine bes-  
615 sere Vorsorge und Transparenz zu ermöglichen.

616

617 **Feministische Sozialpolitik im Leitbild verankern und**  
618 **ganzheitlich umsetzen**

619

620 Das Funktionieren eines Sozialstaats und die dazuge-  
621 hörigen Absicherungsmechanismen allein in Bezug auf  
622 Erwerbsarbeit zu betrachten, greift aus feministischer  
623 Sicht zu kurz. Sozialpolitiken ausschließlich an einer sich  
624 in einem klassischen Normalarbeitsverhältnis befindli-  
625 chen Person zu orientieren, lässt viele Lebensrealitäten  
626 außen vor. Vor allem die sozialstaatliche Absicherung  
627 von Frauen, die sich häufig in prekären Beschäftigungs-  
628 verhältnissen befinden und zu einem großen Teil für Re-  
629 produktionsarbeiten zuständig sind, tritt durch eine sol-  
630 che Perspektive in den Hintergrund. Entsprechend de-  
631 cken auch heute viele Sozialpolitiken diese Lebensreali-  
632 täten nicht ab, sodass Frauen ein höheres Armutsrisiko  
633 betrifft, vor allem im Alter.

634

635 Entwicklungen der letzten Jahrzehnte haben dazu ge-  
636 führt, dass Normalarbeitsverhältnisse sich immer wei-  
637 ter auflösen und Familienmodelle mit einem männ-  
638 lichen Alleinernährer entsprechend nicht mehr funk-  
639 tionieren und ebenso wenig gewollt sind. Zwar ist es

640 auch zur politischen Norm geworden, dass beide Part-  
641 ner\*innen zum Haushaltseinkommen beitragen, nur  
642 passen sich sozialstaatliche Politiken in diese Richtung  
643 viel zu schleppend an. Immer noch wird die Absicherung  
644 von Frauen größtenteils an ihren Ehemann geknüpft  
645 und durch steuerliche Begünstigungen gefördert, dass  
646 diese sich eher in prekären Beschäftigungsverhältnis-  
647 sen befinden.

648  
649 Für Carearbeiten, die aus einer kapitalistischen Perspek-  
650 tive zum Erhalt der Arbeitskraft beitragen und im Sinne  
651 einer patriarchalen Arbeitsteilung vor allem von Frauen  
652 erledigt worden sind, wurden keine ganzheitlichen Lö-  
653 sungen gefunden. Weder hat sich die Arbeitsteilung in  
654 Paarbeziehungen grundlegend modernisiert, noch wur-  
655 den im umfassenden Maße kompensatorischen Leis-  
656 tungen für eben diese Carearbeit zur Verfügung gestellt  
657 wie die Schaffung professioneller Dienstleistungen und  
658 Infrastruktur. Nach wie vor kommt der Großteil der un-  
659 bezahlt geleisteten Carearbeit Frauen zu.

660  
661 Das Funktionieren eines feministischen Sozialstaats  
662 muss sich also auch daran messen lassen, inwiefern  
663 er in der Lage ist, Geschlechterverhältnisse zu regulie-  
664 ren bzw. Geschlechtergerechtigkeit herzustellen. Dafür  
665 braucht es eine einheitliche Sozialstaatspolitik, die eine  
666 gerechte Organisation von Erwerbs- und Carearbeit  
667 fördert und als klares Leitbild verfolgt. Mit kurzfristigen  
668 Reparaturmaßnahmen wie der Mütterrente muss end-  
669 lich Schluss sein. Das Kümmern um Menschen darf kein  
670 Risiko für die Position auf dem Arbeitsmarkt, die Exis-  
671 tenz oder die Rente mehr sein. Vielmehr muss es in je-  
672 der Phase des Lebens möglich gemacht werden, neben  
673 Erwerbsarbeit auch ausreichend Zeit für die Pflege von  
674 Angehörigen und das Kümmern um Kindern zu haben,  
675 ohne dabei zu irgendeinem Zeitpunkt in existenzielle  
676 Nöte zu kommen.

677  
678 Zur Erreichung dieses Leitbilds fordern wir folgende  
679 Maßnahmen:

- 680
- 681 • Neu-Definition des Normalarbeitsverhältnisses –  
682 die 30-Stunden-Woche für alle inklusive flexibler  
683 Arbeitszeitmodelle
  - 684 • ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz
  - 685 • eine flächendeckend ausgebaut und bezahlbare  
686 Pflege- und Betreuungsinfrastruktur
  - 687 • eine Elterngeldregelung, die für eine paritätische  
688 Verteilung der Elternzeit sorgt
  - 689 • ein geschlechtergerechtes Steuersystem, u.a. die  
690 Abschaffung des Ehegattensplittings
  - 691 • die institutionelle aber auch versicherungstech-  
692 nische Förderung eines Familienmodells, dass  
693 Betreuungs- und Erwerbsarbeit so integriert, dass  
694 Carearbeit nicht mehr zum Lebensrisiko wird

695  
696 **Fazit**

697 Für uns NRW Jusos ist klar, dass der Sozialstaat zu-

698 kunftsfähig sein muss und moderne Antworten bieten  
699 soll auf die Probleme und Nöte der Menschen. Der So-  
700 zialstaat braucht einen grundlegenden Wandel, in dem  
701 das Recht der Bürger\*innen auf eine existenzsichern-  
702 de Absicherung, ob im Alter, bei Arbeitslosigkeit, wäh-  
703 rend sie sich um andere Menschen kümmern oder ein-  
704 fach nur Wohnraum benötigen. Die Abkehr von Priva-  
705 tisierungstrends und der radikale Ausbau von Vor- und  
706 Fürsorgeleistungen durch den Sozialstaat ist dafür un-  
707 umgänglich. Solidarität ist für uns der Grundstein allen  
708 Handelns und dieser muss nun auch endlich beim So-  
709 zialstaat Einzug finden! Mit unseren Ideen zu Wohnen  
710 und Rente sowie unsere neuen Perspektiven im Hinblick  
711 auf einen feministischen Sozialstaat wollen wir daher  
712 zu dieser solidarischen Vision beitragen.